

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

96 (25.4.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-555981](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-555981)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat 2 Mk. 50 Pf., für ein Vierteljahr 7 Mk. 50 Pf., für ein halbes Jahr 12 Mk. 50 Pf., für ein Jahr 22 Mk. 50 Pf., monatlich 75 Pf. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Interesse die künftige Rumpfsache oder deren Raum für die Interessen in Rüstungen- und Währungsangelegenheiten u. dgl., sowie der Artikel 15 des Vgl. für sonstige ausserordentliche Interessen 20 Vgl.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Willen Angelegenheiten aus kleineren als der Grundbesitz gesehen werden, so werden sie auch nach ersterer berechnet. Kleinsatz 50 Vgl.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprecher-Nr. 58, Amt Wilhelmshaven.

Filiale in Heppens: Ulmenstraße 24. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang.

Bant, Dienstag den 25. April 1911.

Nr. 96.

Im Banne des Kapitalismus.

H. E. Das berühmte Versprechen des Königs Heinrich IV. von Frankreich, daß jeder Bauer Sonntags ein Huhn im Topf haben solle, wurde schon während der großen Revolution als eine Lüge der alten Monarchie bezeichnet, und zwar von Camille Desmoulins, jenem geistreichen Journalisten, der auch die Republik für verpflichtet erklärte, dies Versprechen zu erfüllen. Aber dies ist bis heute nicht geschehen und die sich wiederholenden Aufstände der französischen Weinbauern sind eine drastische Illustration dieser Tatsache. An Versprechungen für die Bauern sowohl als für die Arbeiter haben es die verschiedenen, in vierzig Jahren verbrauchten Regierungen und Staatsmänner gewiß nicht fehlen lassen, und was schöne Worte betrifft, haben sie wahrhaftig großartige Leistungen aufzuweisen. Wäre nur so der hundertste Teil aller dieser Versprechungen verwirklicht worden, so müßte das französische Volk in seinem Glück nur so schwelgen können. Aber so gern sich die französische Demokratie von heute auch auf ihre Vorgänger von 1789 und 1793 beruft und die dritte Republik als die Fortsetzung des damals begonnenen großen Werkes der Völkervereinigung erklärt, so hat diese Republik gewiß verschiedene Vorzüge vor den Monarchien, aber sie ist ein Klaffenstaat geblieben. An Stelle der alten Aristokratie mit ihrem Absolutismus herrscht die neue Bourgeoisie mit ihrem Kapitalismus. Die alte wie die neue Klassenherrschaft kann nur durch Ausbeutung und Unterdrückung der Volksmassen bestehen, deren Arbeit der Gedanke und der Hände allein den Bestand der Gesellschaft verdrängen kann.

Wenn einst Thiers — „ein Bourgeois jeder Zoll“, wie ihn Marx nannte — sich so sagen vermochte: „Die Republik wird lenkbarer sein, oder sie wird nicht sein“, so war dies der echte Ausdruck des Progen- und Machtglaubens. Dieser Mensch war nicht imstande, die so nachfolgenden historischen Lehren aus der Kommune-Inurrection zu ziehen, die sich dahin zusammenfassen lassen: die Republik wird demokratisch und sozialistisch sein, oder sie wird nicht sein.

Während in der dritten Republik erhebt sich wie ein ungeheurer Felsblock der Kapitalismus, der bei jeder Gelegenheit der demokratischen und sozialistischen Fortentwicklung die Wege versperrt. Die nächste Aufgabe der demokratischen Republik wäre, wie sich Jaurès einmal ausdrückte, „das Vaterland zu sozialisieren“, das heißt, zu einer höheren Produktionsform mit gleichen Rechten und Pflichten den Weg zu bahnen. Aber die Regierungen sind stets fleißig vom Fleische der Kapitalistenklasse gewesen und die scheinbare Ausnahme der Brand und Wälder hat diese Regel nur bestätigt. Diese Klasse betrachtet den Staat nur als einen Vorzugs- und Ausbeutungsapparat, der lediglich im Interesse der oberen Schicht funktionieren soll; das Wenige, was darüber hinausgeht, wird nur als widerwärtige Gabe mit in den Kauf genommen. Die vom Kapitalismus unzerstörliche Korruption durchdringt den ganzen Staatskörper. So konnte die auswärtige Politik zu einer Spekulation auf günstige Kapitalanlagen in Ausland herabgewürdigt werden, und für gute Zeiten sah die französische Bourgeoisie dem die Menschheit schändenden Senferregiment in Ausland ruhig zu, wobei man allerdings nicht vergessen darf, wie diese Bourgeoisie gegen die belagerte Kommune gewütet hat. Bei den Kämpfen zwischen den Befürwortern der Produktionsmittel und dem Proletariat spielen sich die ersten als die eigentlichen, die gebliebenen Herren von Frankreich auf. Wenn einmal eine Regierung in die großen sozialen Kämpfe verwickelt oder gar als Autorität eingreifen will, so wird sie von den Unternehmern höhnisch entgegnet, daß sie ihnen nichts zu befehlen habe. Dieser Fall ist schon mehr als einmal dargelegt, wenn große Ausstände sich über das Land verbreiteten und die Volkstimmung die Regierung zwang, zugunsten der Arbeiter bei den Unternehmern vorzulegen zu werden. Bedeutend zahlreicher aber sind die Fälle, in denen sich die Regierung zum Schergen der Kapitalistenklasse machte und dieser ihre Bajonette, ihre blauen Böhnen und ihre Stäbchen zur Verfügung stellte. Dies hat auch die Regierung des verräterischen Brand getan, und nunmehr tritt an die jetzige Regierung die Pflicht heran, sich mit der Unterdrückung ihres Vorgängers zu befähigen.

Die verachteten und profitwütigen Bourgeois, welche die französischen Eisenbahngesellschaften bilden, weigern sich, die Arbeiter wieder einzustellen, die noch von dem großen Eisenbahnaustritt betroffen sind. In der Kammer wurde die Regierung wegen dieser Sache interpelliert. Zwei Minister, darunter der Ministerpräsident, waren des Lobes voll über die Tätigkeit der bis jetzt wieder eingestellten Eisenbahner und tadelt sehr heftig die Unversöhnlichkeit und die Härte der Gesellschaften. Der Ministerpräsident erklärte, er werde die Verhandlungen mit den Gesellschaften

wegen Wiederanstellung der entlassenen Arbeiter von neuem aufnehmen, denn er wisse, er habe das Parlament und die öffentliche Meinung hinter sich. Die Kammer nahm denn auch eine dahingehende Tagesordnung fast einstimmig an.

Es mag Leute geben, denen das recht großartig erscheint. Wir aber übersehen nicht, daß der Ministerpräsident ausdrücklich gesagt hat, er habe keine Waffen, um die Gesellschaft zur Wiederaufnahme der entlassenen Arbeiter zu zwingen und sie zum Befolgen des von den Staatsbahnen gegebenen Beispiels — die letzteren haben die gemahrgelassenen Arbeiter durchweg wieder eingestellt — zu veranlassen.

Zugegeben, daß dies Armszeugnis, das sich hier die Regierung selbst ausstellt, zutrifft. Auch wenn die Kammer beschließen würde, die Gesellschaften hätten die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, so könnten die Eisenbahnmagnaten trotz aller ihren Geldsäcken sitzen bleiben, den Beschluß hohnlachend ablehnen und das Weitere abwarten. Ein Minister sagte allerdings im Gefühl dieser Sachlage: „Die Nation darf nicht weichen bleiben!“ Schön! Dann tue man doch das, was möglich ist; man verstaatliche die Eisenbahnen und stelle ihre Verwaltung unter die Kontrolle des Parlaments. In einem parlamentarisch regierten Lande ist das immerhin ein Fortschritt, selbst wenn das Land unter dem Druck des Militarismus steht. Aber davon sprachen die Minister nicht.

Dieser Konflikt zwischen Staat und Kapitalismus muß sich mehr und mehr zuspitzen, und zwar in dem Maße, in dem die proletarische Bewegung an politischer Macht gewinnt. Die bürgerlichen Regierungen werden innerhalb des großen Klassenkampfes immer unfähiger, ihre Position zwischen den beiden feindlichen Machtfaktoren zu behaupten. Sie werden zermalmt oder sie treten von selbst ab. In dem Augenblick, da sich die Arbeiterklasse der politischen Gewalt bemächtigt, hat die Stunde der Klassenherrschaft überhaupt geschlagen. An Stelle der Unterdrückung der ungeheuren Mehrheit durch eine kleine Minderheit treten gleiche Rechte und Pflichten für die Gesamtheit. Dann erst kommt die Republik aus dem unwürdigen Zustand heraus, daß Arbeiter, die gern zur Arbeit bereit, die pflichtgetreu und tüchtig sind, hungern auf der Straße liegen müssen, weil sie es gewagt, gegen die Willkür einzelner anzukämpfen. Dann wird keine Regierung sich mehr mit dem Eingeständnis blamieren müssen, daß sie machtlos sei, solchen Unheil und Unfug zu steuern. Dann wird die Republik aber auch sein, was sie sein soll.

Politische Rundschau.

Bant, 24. April.

Die neue Unstufungsvorlage.

Bei der Etatsberatung im preußischen Herrenhause hatte, wie wir damals mitgeteilt haben, der Minister des Innern v. Dallwitz mitgeteilt, es würden bei der Beratung der Strafprojektsreform Maßnahmen vorgeschlagen werden, um gegen den Terrorismus des Streiks vorzugehen. Wie ein Telegramm aus Neu-Streit meldet, ist nach der „Rechtsbündigen Landeszeitung“ der Kommission für die Strafprojektsreform, die zu ihren Beratungen zusammengetreten ist, eine statistische Denkschrift über Ausbreitungen bei Vorkämpfen zugegangen, die die Herbeiführung einer Verschärfung der Strafbestimmungen gegen den Terrorismus bezweckt.

Man darf auf das Ergebnis der Beratungen der Strafprojektskommission gespannt sein. Ob diese wohl auch Maßnahmen beschließen wird, durch die dem Terrorismus der Agrarier begegnet werden soll?

Offizielle Schönfärberei.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Schweinburg fahren fort in dem Bestreben, die finanzielle Lage des Reiches so rosig als nur möglich zu schildern. Um die Gefährdung der Reichsfinanzen zu beweisen, sei es keineswegs nötig, dem Reichstag noch erst den Etat für 1912 zur Kenntnisnahme vorzulegen, denn das gehe schon aus dem vom Reichstag vor ein paar Wochen verabschiedeten Etat hervor. Schweinburg erzählt dann weiter: „Es wird ferner im laufenden Jahre eine Reichsanleihe nicht aufgenommen werden, was schon seit langem nicht der Fall war. Ist danach noch ein Zweifel an der Gefährdung der Reichsfinanzen möglich? Sollte er noch irgendwo vorhanden sein, so wird er durch den Einbalsam für das Rechnungsjahr 1910 beseitigt werden. Dieser Abköhler wird zeigen, daß aus früheren Zeiten stammenden und die nächsten Jahre bedrohenden Völkern zu einem großen Teil werden beseitigt werden können. So ist also auch ohne den Reichshaushalts-etat für 1912 schon die Gefährdung der Reichsfinanzen erhärtet. Selbstverständlich wird noch manches zu tun bleiben,

um zu ganz tadellosen Zuständen zu gelangen. Dazu waren die Sünden der Vergangenheit zu groß. Ramentlich wird dies der Fall bei der Ausgestaltung des Extraordinariums sein. Das Ziel ist, auf Anleihe nur noch Ausgaben werben der Natur zu nehmen. Für die aller nächste Zeit läßt es sich aus den angeführten Gründen nicht erreichen. Aber daß seine Erreichung möglich ist, wenn so wie in der letzten Zeit gewirtschaftet wird, daran ist kein Zweifel. Es ist also gar nicht einzusehen, weshalb erst der Etat für 1912 abgewartet werden muß, um die Gefährdung der Reichsfinanzen zu beweisen.“

Dieser skrupellosen Verschleierte der Tatsachen gegenüber muß doch einmal betont werden, daß die Bilanzierung des Etats absolut kein Kunststück ist, wenn man über 500 Millionen neuer Steuern verfügen kann. Bezeichnend aber ist es, daß trotz dieser neuen Steuern der Etat nur mit Mühe und Not ins Gleichgewicht gebracht werden konnte. Im nächsten Jahre erfordert die beschlossene Heeresvermehrung allein schon eine Mehrausgabe von 24 Millionen Mark, die Mehrausgaben für das Heer werden somit bestimmt 35 Millionen Mark erreichen. Die Großindustrie drängt, wie aus dem Jahresbericht der Dortmunder Handelskammer zu erhellen ist, auf eine Abänderung des Flottengesetzes; eine Vermehrung der Bauten von Kreuzern wirft das ganze Rattenhaus des Schatzkammer-Wermuth über den Haufen. Es gehört wirklich ein robustes Gewissen dazu, unter solchen Umständen dem Volke eine Sanierung der Reichsfinanzen vortäuschen zu wollen.

Das Verbot der Märsche-Ümzüge.

Dieses Verbot wird, wie eine Notiz, die offenbar offiziellen Ursprungs ist, berichtet, in diesem Jahre in Preußen allem Anschein nach vollständig durchgeführt werden. Dieser Meldung wird hinzugefügt:

Bereits im vergangenen Jahre hatten die Polizeiverwaltungen im Königreich Preußen von dem Verbot solcher Umzüge ausgiebig Gebrauch gemacht und selbst Umzüge, deren Veranstaltung bereits genehmigt worden war, wurden noch in letzter Stunde verboten. Wahrscheinlich ist beim Erlass des Verbotes lediglich das Fehlen einer Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Die vielfach verbreitete Ansicht, der Minister des Innern habe für die Unterdrückung der sozialdemokratischen Märsche-Ümzüge eine allgemeine Anweisung gegeben, ist irrig. In derartigen Angelegenheiten bedarf es keiner ministeriellen Maßnahme, denn durch das Gesetz ist den Polizeiverwaltungen der Weg klar vorgezeichnet. In vielen Städten ist übrigens von der Veranstaltung des Märsche-Ümzuges Abstand genommen worden, angeblich, um der Polizei den Triumph zu entziehen, ein Verbot auszusprechen zu können. In Wahrheit werden die Umzüge nur deshalb nicht vorbereitet, weil die Teilnahme von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist, und weil man sich der Öffentlichkeit gegenüber nicht bloßstellen will.“

Es ist höchst nebensächlich, ob der Minister eine formale allgemeine Anweisung gegeben hat oder nicht. Die „maßgebende Stelle“ hat das gar nicht nötig; sie kann den Polizeiverwaltungen auch in anderer Weise ihren Willen kund tun. Das „Fehlen einer Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ ist ein ganz halbfloher Vorwand. Die organisierte Arbeiterklasse hat oft genug bewiesen, daß sie, was auch von gegnerischer Seite anerkannt worden ist, in geradezu musterhafter Weise sich darauf versteht, bei Massenversammlungen die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, und zwar ohne Hilfe der Polizei. Wenn die Polizei überall dieselbe Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bieten würde, wie die organisierten und disziplinierten Arbeitermassen, so würde man zum Beispiel die Moskiter Vorgänge nicht erlebt haben. Der wahre Grund des Verbotes ist: man will den herrschenden Machtfaktoren und Klassen es ersparen, daß ihnen durch Märsche-Ümzüge Verlegenheit bereitet wird.

Der Schluss der offiziellen Notiz ist wahrhaft kläglich-dumm und lächerlich. Es gibt wohl keinen einzigen Sozialdemokraten, der darin, daß die Polizei in die Lage kommen könnte, das Verbot eines Märsche-Ümzuges auszusprechen, einen „Triumph der Polizei“ sehen würde. Das Gegenteil ist der Fall. Die Sozialdemokratie hat wirklich keine Ursache, der Polizei solche „Triumphe“ nicht zu gönnen. Früher haben reaktionäre Blätter öfter behauptet: die Sozialdemokraten melden bei der Polizei Märsche-Ümzüge an, obwohl sie wissen, daß die Genehmigung nicht erteilt werden wird, lediglich deshalb, um neuen Unfug zu bekommen, gegen die Polizei zu gehen und über Vergewaltigung zu klagen“. Jetzt soll glauben gemacht werden, daß die Umzüge nur deshalb nicht vorbereitet werden, weil die Teilnahme von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist und man sich der Öffentlichkeit gegenüber nicht bloßstellen will“. Da

Wann ja aber die Polizei aus Bosheit gegen die Sozialdemokratie gar nichts Besseres tun, als sämtliche Massien-Ümzüge zu genehmigen, damit die Sozialdemokratie sich „öffentlich bloßstelle“. — Die Regit der Ordnungspolitiker ist eine gar verzeimide!

Deutsches Reich.

Berlin, 24. April. Vom preussischen Kultusminister sind dringliche Erhebungen über den gegenwärtigen Stand der Jugendpflege angeordnet. Es sollte dabei die Zahl der männlichen Jugendlichen im Alter von 14—20 Jahren festgestellt und ferner ermittelt werden, wieviel Jugendvereine einen Anschluß an Fortbildungsschulen usw. haben und wie viele Jugendvereine kirchlichen Vereinigungen, nationalen Turn-, Spiel- und Sportvereinigungen oder anderen, im vaterländischen Sinne geleiteten Vereinigungen angehören. Weiter erstrecken sich die Erhebungen auch auf die Jugendheime.

Der Reichstagswahltag. Die „Post“ will wieder einmal bestimmt erfahren haben, daß die Reichstagswahlen am 25. Januar stattfinden. Die Regierung habe einen entsprechenden Beschluß gefaßt. — Man wird auch dieser Behauptung mit der größten Reserve begegnen müssen, denn es ist kaum anzunehmen, daß die Regierung jetzt schon einen Wahltermin festsetzt, ohne zu wissen, wie die zweite Sitzung der Verfassungsordnung verläuft und ob eine Herbstsession überhaupt möglich ist.

Ergebnisse im vierten Berliner Landtagswahlkreis. Im vierten Berliner Landtagswahlbezirk findet heute Sonntag den 24. April die Erstwahl für den Abg. Kreilich (Fortsch. Zp.) statt, dessen Mandat für ungültig erklärt wurde. Es sind 378 Wahlmänner zu wählen, von denen 110 auf die dritte Abteilung, 127 auf die zweite Abteilung und 141 auf die erste Abteilung entfallen. — Bei der Erstwahl im Oktober 1910 wurden 296 fortschrittliche und 194 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Die Konserwativen haben für die bevorstehende Wahl strengste Wahlenthaltung beschloffen. Es geschah dies, so erklären die reaktionären Organe, „wegen der fortgesetzten gefährlichen Haltung der Freisinnigen und der Wahlhilfe, die sie ausnahmslos der Umsturzpartei gewährt haben.“ Der Fortschritt ist erboht über diese konervative Abgabe.

Eine Massen demonstration gegen die neue Hamburger Steuerbefreiung. Am Freitag das Hamburger Protestat. In einer Reihe von Versammlungen wurde das von der Steuerkommission ausgeschiedene Steuerbefreiung, durch das sieben Millionen Mark zum großen Teil aus den Taschen des Hamburger arbeitenden Volkes herausgeholt werden soll, einer vernichtenden Kritik unterzogen. Einmütig wurde überall die vorgelegte Protestresolution angenommen.

„Aufschiebungs“ Prozeß in Breslau. Der am Mittwoch vor der Breslauer Straßammer verhandelte Aufschiebungsprozeß ist ein neuer Beweis dafür, wie sehr der Aufschiebungsparagraph dem jenseitigen Rechtsempfinden widerspricht. Wurden doch wieder schwere Strafen gegen Personen verhängt, denen an sich kein Vergehen nachgewiesen werden konnte. Ihr Verbrechen bestand lediglich darin, daß sie sich in die „aufschiebende“ Menge hineinbegeben hatten. Wer da weiß, wie rasch bei irgend welchen Anlässen eine Menschenmenge zusammenkommt, wie leicht Personen halb gegen ihren Willen mit in den Strudel hineingezogen werden können, der wird ohne weiteres die Verwerflichkeit des Aufschiebungsparagraphen in keiner jenseitigen Fassung zugeben. Angeklagt waren neun männliche Personen, darunter zwei Jugendliche, und drei Frauen. Die Anklagen lauten sich sämtlich nur auf das, was die Leute zu ihrem eigenen Schaden in der Voruntersuchung vor der Polizei selbst ausgesagt haben, nämlich: am 8. Oktober zufällig in die Menge hineingekommen zu sein. Das genügt der Staatsanwaltschaft aber schon, die Angeklagten verhaften zu lassen und wegen Beteiligung an dem „Aufschieben“ unter Anklage zu stellen. Zufällig wurden den Angeklagten keine Vergehen nachgewiesen, wohl aber kamen Übergriffe von Polizeisten zur Sprache. Der Staatsanwalt hielt trotzdem sämtliche Angeklagten, namentlich die drei Frauen, des Aufschubers schuldig und beantragte hohe Gefängnisstrafen. Das Gericht verurteilte zwei Frauen zu je sechs Monaten Gefängnis, die andere zu acht Monaten Gefängnis. Alle übrigen, bis auf zwei, die freigesprochen wurden, erhielten Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahre zuzüglich. Die fünfmonatliche Untersuchungshaft wurde bei einigen in Anrechnung gebracht. Es ist nur merkwürdig, daß diejenigen Personen, die als Entlassungsbefugten der Polizei auftraten und sich zweifellos ebenfalls in der Menge befunden haben, nicht auch wegen „Aufschubers“ angeklagt wurden. Vor den preussischen Gerichten sind doch alle Personen gleich!

Lehrer und Bund der Landwirte. Vor längerer Zeit ist ein konservativer Lehrerverein unter dem Namen „Neuer Preussischer Lehrerverein“ gegründet worden, der ein Gegengewicht gegen den Deutschen Lehrerverein bilden sollte. Die Agrarier haben allerdings stets bestritten, daß sie mit der Sache etwas zu tun haben, insbesondere haben sie abgelehnt, daß der Bund der Landwirte diese neue Organisation irgendwies unterstützen. Doch am 10. Februar hat der Direktor des Bundes der Landwirte, Abg. Dr. Diederichs, im Reichstags die Abweisung trügig unterfritten. Nun wird aber festgestellt, daß die Geschäftsleiter des Organs jener Lehrervereinigung, des „Deutschen Lehrerbundes“ folgende waren: 1. Bund der Landwirte mit 15 000 M. Anteil, 2. „Deutsche Tageszeitung“ mit ebenfalls 15 000 M. Anteil und 3. ein Lehrer Pieper, der zugleich Geschäftsführer ist. Erst am 17. März wurde eine neue Liste der Geschäftsleiter beim Gericht eingereicht: Bund der Landwirte und „Deutsche Tageszeitung“ sind jetzt verschwunden, dafür sind zwei Landwirte an ihre Stelle getreten, die angeblich in der glücklichen Lage sind, über ein Kapital von 30 000 M. verfügen zu können. Jedenfalls ist hier wieder einmal das ungeheure

Mah von Heuchelei aufgedeckt worden, dessen sich die Agrarier in ihrem Kampfe bedienen.

Verpöschung der bayerischen Lotterien. Ein Berliner Bankförsorium, dem auch sächsische Gruppen angehören, hat der bayerischen Regierung eine Reineinnahme von zwei Millionen Mark zugesichert wegen Ueberlassung des Betriebes der bayerischen Staatslotterie. Das Finanzministerium ist nicht darauf eingegangen, will vielmehr versuchen, mit den sächsischen Staaten event. auch mit Preußen eine Lotteriegemeinschaft herbeizuföhren.

Rußland.

Der Galgen. Im Januar und Februar dieses Jahres fielen der Galgen in Rußland zu einer verhältnismäßig seltenen Erscheinung werden zu sollen. Denn im ganzen gab es in den beiden Monaten 13 Todesurteile. Inbes sollte sich schon im Monat März als arge Täuschung herausstellen. Denn während dieses Monats allein sind 52 Todesurteile gefällt worden.

Hinter Stolypin hat einen hohen russischen Orden bekommen. Dem Verdienste keine Krone!

England.

Der Veranlasser des Houndsbitcher Blutbades ein Lockspiegel der russischen Polizei! Seit Monaten ist die englische Polizei vergeblich auf der Suche nach dem Hauptbeteiligten der Houndsbitcher Verbrecherbande, dem mysteriösen „Peter, der Mäler“. Die Vermutung, daß Peter der Mäler nach der ganzen Art seines Wirkens in näheren Beziehungen zur russischen Polizei stehe, um die in London exilierten russischen Revolutionäre zu diskreditieren und unmöglich zu machen, findet ihre Bestätigung durch eine Mitteilung des berühmten englischen Schauspielers Laurence Irving an die „Wall Mall Gazette“. Wie Irving dem genannten Blatte schreibt, hat er von einigen russischen Freunden Briefe erhalten, aus denen hervorgeht, daß „Peter der Mäler“, der das Blutbad in Houndsbitch auf dem Gewissen hat, ein Agent provocateur der russischen Polizei sei. Er wurde nach London geschickt, um durch Gewaltakte die russischen politischen Flüchtlinge zu kompromittieren und so England als Asyl für die russischen Revolutionäre unmöglich zu machen. Wie Irvings Gewährsmann mitteilt, ist „Peter der Mäler“ inzwischen nach Rußland zurückgekehrt und in die Dienste der politischen Geheimpolizei eingetreten.

Diese Mitteilung verdient um so eher Glauben, als Rußlands Nachbarn stets die unverlässlichen Schutereien begangen haben — es sei nur an Rußs Tätigkeit erinnert — um künstlich Furcht vor revolutionären Attentaten zu erwecken.

Portugal.

Die Parlamentswahlen. Die ersten Wahlen unter dem republikanischen System haben natürlich eine besondere Bedeutung. Um so mehr, als das Wahlrecht nahezu allgemein für Männer ist — auch die Soldaten haben das Recht erhalten, während das Frauenwahlrecht, für das einige Zeitungen eintreten, nicht bewilligt worden ist. Es stehen sich vier Parteien gegenüber: neben dem Altkonservativen die Republikaner in drei Fraktionen geteilt: die radikalen Anhänger des Ministers des Innern Almeida, die gemäßigten des Justizministers Costa und die Sozialisten. Letztere, die noch mangelhaft organisiert sind, unterstützen zum Teil die Altkonservativen, während in den Großstädten Villabon und Oporto, in denen Proportionalwahlkreise mit je 10 Abgeordneten gebildet sind, jedenfalls eigene Kandidaten aufgestellt werden. Man rechnet auch auf einigen Erfolg.

Eine große Volkskundgebung wird zur Feier der bevorstehenden Trennung der Kirche vom Staate vorbereitet. Der päpstliche Nuntius hat den Gläubigen die Veranstaltung von Gegenkundgebungen, bevor der heilige Stuhl das Geheh kennen gelernt und dazu Stellung genommen hat, unterlag. Bei der ganz überwiegend scharf antikirchlichen Volksstimmung dürfen sie auch keine großen Aussichten auf Erfolg haben.

Neue politische Nachrichten. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat die letzte Nummer des „M“ wegen eines Scherzes beanstandet. Der Mh mußte fortgelassen werden. — Der wegen Beteiligung an den während der transsylvanischen Winterunruhen begangenen Vandalenverbrechen verurteilte Wäner Gallan hat sich im Untersuchungsfängnis zu Reims erhängt. — In der jungtürkischen Partei hat sich eine mehr radikalere Gruppe gebildet, die die radikalen Elemente hinausdrängen will. — Im persischen Parlament entstand eine scharfe Debatte um die Kniehe zum Vorwurf von Gewehren. Der Regierung wurde vorgeworfen, sie habe ungebührlich Gewehrkäufe in Rußland vorgenommen, da die Offiziere deutscher Firmen günstiger waren.

Parteinachrichten.

Hermann Borgmanns Begräbnis.

Die Arbeiter Berlins haben am Sonntag Hermann Borgmann zur letzten Ruhestätte geleitet. War auch die Beteiligung an Borgmanns Begräbnis keine so riesenhafte wie wenige Wochen zuvor bei der Totenfahrt Paul Singers, so zeigte doch auch die würdevolle Größe dieses Leichenzuges wieder die Liebe des Berliner Proletariats zu seinen ersten Vertrauensmännern und sie war gleichermassen ein Ausdruck der ungeborenen und ungerbrechlichen Kraft der unzählbaren Arbeitermassen der Hauptstadt des Reiches, die zugleich die Hauptstütze der deutschen Sozialdemokratie ist. Die große Achtung, die auch unserer Partei fernstehende Männer des öffentlichen Lebens vor Hermann Borgmann hegen, der aus den Tiefen des Proletariats zum Vertreter der Arbeiterbewegung in der Bundung des Dreiklassenrechts neben Singer zum angesehensten sozialistischen Kommunalpolitiker sich emporgearbeitet hat, trat deutlich in der Erscheinung durch die Teilnahme der kommunalen Behörden Berlins. Der Magistrat von Berlin hatte, da die beiden Bürgermeister verhindert waren, eine Reihe von Stadträten entsendet und zwar die Delegierten für die Angelegenheiten, die dem Verstorbenen stets besonders am Herzen lagen, den Stadthalter Dr. Michaelis, den Leiter des Städtischen Turnwesens Stadtrat Alberti und die Stadträte Wargraff

und Iden. Die Stadtverordnetenversammlung hatte eine 20 Mitglieder aus allen Fraktionen mit ihrer offiziellen Repräsentation beauftragt, aber fast die ganze Stadtverordnetenversammlung war außerdem erschienen, darunter natürlich korporativ die starke Fraktion der Sozialdemokraten. In fortschrittliche Führer, Landtagsabgeordneter Gasse, war als stellvertretender Vorsitzender des Stadtparlaments auf dem Friedhof erschienen. Aber Borgmanns Tätigkeit war auch, abgesehen von aller Politik, rein menschlichen humanitären, sozialen und volkshygienischen Betreibungen gewidmet und die Vereine für Kinderwaisenhäuser und Jugendheime hatten ihn nicht nehmen lassen, ihren eifrigen Förderer die letzte Ruhe zu erteilen. Einen besonderen Platz nahm die Deputation der Parteigenossen des Reichstagswahlkreises Königsberg ein, wo der Verstorbene seit langem für den Reichstag kandidiert hatte. Bezeichnend aber ist, und das wird niemand Wunder nehmen, daß sich die Teilnahme des Dreiklassenparlaments an dem Hingang eines Vertreters der Hauptstadt und eines Mitgliedes des nimmehr gelpengten Seniorensenats in einem wohl leiblich konventionellen Kondolenzbesuch des Bureau direktors Blate bei der Familie Borgmann erschöpfte, wobei nicht einmal feststeht, ob nicht die ebenfalls anwesenden Beamten allein den Besuch verursacht hat.

Das Trauerhaus, das sich in dem von arbeitsamen Arbeitern dichtbewohnten Nordosten Berlins befindet, am Sonntags das Ziel mehrerer Wälerwanderungen aus allen Teilen Großberlins. Die Berliner Polizei war nicht nur in großer Anzahl erschienen, nachdem sie sich von Singers tragisches auffallend fern gehalten hatte, sondern man hat es auch für nötig befunden, die tausende Schaulustige streng mit den provokatorisch wirkenden knallgelben Schwenkzähnen zu versehen. Draußen in Althagen, wo das Reich der Herrn Traugott von Jagow zu Ende ist, war der Staat stark genug, um auf diesen scharf geladenen verärgerten Schatz verzichten zu können. Es ist überflüssig zu sagen, daß auch die Polizeibeamten völlig grundlos am den Sonntag geizig hatte, da die selbstgewählte Ordnungspolizei der Berliner Rechte und vor allem die demokratische Disziplin, die ungebührliche Ordnung sicherte.

Am Grabe des Verstorbenen sprachen Genosse Juchel im Namen der Parteigenossen Groß-Berlins und der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion und Genosse Hirtel im Namen der Landtagsfraktion. Gen. Manasse schloß die Entbehrungen des Verstorbenen unter dem Sozialismus gefeiert.

Die Arbeiterlänger sangen „Zum Reich der Arbeit“ und dann an der offenen Gruft „Da unten ist Friede“. Die Deputierten legten unter kurzen Ansprachen ihre Axt nieder, während draußen vor dem noch verfallenen Juchelportal die Tausende harrten, die am Grabe stehen und dem Toten ihre Liebe zeigen wollten.

Gewerkschaftliches.

In Rittershude bei Bremen stehen die Arbeiter der Firma Holzmann & Co. mit dem Bauhüher in Streit. Es haben 60 Mann die Arbeit niedergelegt. Zugk. ferngehalten.

Zum Kampf im Hofengebiet Manahel-Ludwigshafen. Der Vorigende des Gewerbegerichts hat sich mit Gung demüht, neue Verhandlungen zwischen den Parteien aufzuheben, die nun unter seinem Vorsitz stattfinden. Die ein Sitzung fand bereits am Freitag nachmittags statt, trug ein unverbindlichen Charakter. Am Montag, den 24. April, soll über die Verträge der Transportarbeiter und der Maschinenisten und Heizer inkl. der Schiffsahrt verhandelt werden. Ob es zu einer Einigung kommt, ist allerdings noch fraglich, da sich die Arbeitgeber in der Sitzung am Freitag ihr zurückhaltend zeigten. Am Dienstag wird für die Holzbetriebe verhandelt.

Lokales.

Sant, 24. April.

Darf die Jugend an den geselligen Veranstaltungen politischer Vereine teilnehmen?

Bekanntlich läßt das Reichsgesetz eine solche Teilnahme zu. Sein § 17 lautet:

Personen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu geistlichen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.

Das Gesetz läßt also keinen Zweifel darüber, daß die Teilnahme an Veranstaltungen zu geistlichen Zwecken nicht strafbar ist. Anders denken unsere Verwaltungsbehörden, sie sehen in jeder Veranstaltung solcher Vereine ein politisches. Ein besonders krasser Fall behördlicher Gesichtsverkenntnis gelangte am 8. April vor dem Oberlandesgericht in Rumburg zur Entscheidung. Ein Jüngling des Arbeiterturnvereins in Rumburg hatte einen Strafbefehl erhalten, weil er an den Turnstunden teilgenommen hätte. Der Fall wurde mit dem Erfolge freisprechend freigesprochen durch drei Instanzen gesprochen, die jetzt das Oberlandesgericht dem grauenamen Spiel ein Ende machte. Der Senat erkannte auf Freisprechung, ohne in eine Prüfung darüber einzutreten, ob der Verein ein politischer sei, da selbst in diesem Falle keine strafbare Handlung vorliege. Wäre der Jüngling Mitglied eines politischen Vereins gewesen, so hätte nicht er, sondern der Vereinsvorsitzende sich strafbar gemacht. Da aber eine Mitgliedschaft nicht nachgewiesen ist, lag überhaupt keine strafbare Handlung vor, weil das Gesetz eine Teilnahme an den Veranstaltungen politischer Vereine, sofern sie geistlichen Zwecken dienen, zuläßt. Daß aber ein Vereinsumsturz „geselligen Zwecken“ diene, unterliegt keinem Zweifel.

Mit diesem Erkenntnis ist der polizeilichen Bevormundung der jugendlichen Turner auf Grund des Reichsgesetzes ein Riegel vorgelegt und die Bahn auch in dieser Richtung

Eversten.
Soziald. Wahlverein.
Dienstag den 25. April d. J.,
abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung
bei Wirt Grönmeyer, Hauptstraße.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag.
2. Wichtige Besprechung.
Zahlreiches Erscheinen notwendig.
Der Vorstand.

Eindwarden.
Sozialdem. Wahlverein
Mittwoch den 26. April,
abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
in Noths Gasthaus.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Wahl eines Hauptpfarrers.
3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um rege Beteiligung bitte
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse
für den Amtsbezirk Butjadingen.
Vom 24. bis 28. April
Hebung der Beiträge
Wessels, Rechnungsfl.

Konsum- u. Sparverein
für Bant und Umgegend
E. G. m. b. H.
Wir empfehlen unseren Mit-
gliedern unsere

Sparkasse
zur fleissigen Benutzung.
Einlagen werden mit 4 Proz.
verzinst. Täglich geöffnet vorm.
von 10 1/2 bis 12 1/2 Uhr, nachm.
von 3 1/2 bis 6 Uhr.
Der Vorstand.

Kunstdünger
wie
Bern-Guano
Thomasmehl
Kainit
Kalk-Mergel
Chili-Salpeter
empfiehlt

C. Schmidt :: Bant
Oldenburger Str. 1
Telephon Nr. 1.

Schürzen
in aparten Mustern eingetroffen
Martha Kappelhoff
Ecke Roon- und Deichstrasse

Achtung! ::



Fischverkauf

Roos- und Luisestr.-Ecke, Seppens, Laden Gökerstr. 4,
neben Fettwarenhans „Haus“.

Schellfische 15, 20, 25, 30 Pf.
Große Bratschollen 20, 25, 30 Pf.
Kotzungen, Scharbenzungen 25, 30 Pf.
Kardonade 30 Pf.

Emden. Öffentliche Volksversammlung

am Dienstag den 25. April cr., abends 8.30 Uhr, im Tivoli.
Tagesordnung: Vortrag des Herrn Pastor Felden aus Bremen über das
Thema „Hat der Jesus der Evangelien wirklich gelebt?“
Nachdem: Freie Aussprache. Eintritt 20 Pf., im Vorverkauf 10 Pf.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
Der Einberufer.

„Deutscher“
Metallarbeiter-Verband.
(Närlingen-Wilhelmshaven.)
Montag den 24. April d. J.,
abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Sitzung
im Tivoli.

Achtung, Dachdecker!
Am Dienstag den 25. d. M.
findet eine
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
statt. Bitte eines jeden Kollegen
ist zu erscheinen.
Der Vorstand.

Bezirk 1a.
Dienstag den 25. April d. J.,
abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
im Neuenhof.

Bezirke 19 und 20.
Mittwoch, 26. April, abds. 8 1/2 Uhr:
Versammlung
bei Wiggers, Bdrsenstr.

Bezirk 27.
Mittwoch d. 26. April,
abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
bei Michels, Wilhelmsh. Str.

Les- und Diskutierklub
der Frauen.
(Närlingen-Wilhelmshaven.)
Dienstag den 25. April 1911
abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
in Zedewassers Tivoli.
Vortrag über die Entwicklung
der Jugendbewegung.
Die Mitglieder werden um zahl-
reiche Beteiligung ersucht.

Sozialdemokr. Verein
Delmenhorst.
Mittwoch den 26. April cr.,
abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung
bei H. Meier, Roppelstr.
Tagesordnung:
1. Quartalsabrechnung.
2. Vortrag.
3. Verschiedenes.
Ohne Buch kein Zutritt.
Der Vorstand.

Oldenburg.
Am Mittwoch den 26. April, abends 8.30 Uhr,
in Doodts Etablissement:

Öffentliche Versammlung
aller Krankenkassen-Mitglieder.
Tagesordnung:
Die Reichsversicherungsordnung nach d. Beschlüssen
der Kommission. — Freie Diskussion.
Referent Arbeiterssekretär H. Rhein aus Bremen.

Alle Mitglieder der Krankenkassen werden zu dieser
wichtigen Versammlung eingeladen, insbesondere auch die
Herrn Arbeitgeber.
Allgem. Ortskrankenkasse der Stadt Oldenburg
G. Schwenker, Vorsitzender.
Allg. Ortskrankenkasse d. Amtsverb. Amt Oldenburg
W. Aken, Vorsitzender.

Drei öffentliche
politische Versammlungen.

Nordenham: Mittwoch den 26. April,
abends 8.30 Uhr, beim Gastwirt J. Hofners.
Brake: Donnerstag den 27. April cr., ::
abends 8.30 Uhr, beim Gastwirt D. Decker.
Delmenhorst: Freitag den 28. April,
abends 6 Uhr, in den Spiegelsälen. :: :: ::

Tagesordnung:
Der schwarz-blaue Bloß für Arbeitertrutz gegen
Arbeiterschütz. — Freie Aussprache.
— Referent Parteisekretär Ad. Schulz aus Bant. —
Arbeiter und Arbeiterfrauen! Die Mehrheit der Reichs-
versicherungskommission, bestehend aus Zentrum, Konservativen
und Nationalliberalen, hat das bischen winzige Recht der Ar-
beiter, namentlich auf dem Gebiete der Krankenversicherung,
wieder völlig beseitigt. Gebt diesen Volks- und Arbeiterfeinden
die rechte Antwort, indem Ihr in gut besuchten Versammlungen
gegen dieses schamlose Treiben scharfen Protest erhebt.
Der Einberufer.

Trauer-
Kleider u. Kostüme moderne Ausführung
Blusen, Wolle, Seide, Tüll usw., elegante Machart
Röcke, vom einfachsten bis elegantesten
schwarze Paletots, neueste Fassons.
Änderungen innerhalb 4-5 Std. Tadellos Sitz garantiert.
Bartsch & von der Brelie.

Reparaturen
an Nähmaschinen aller Systeme werden
unter Garantie billig ausgeführt.
Joh. Schade, Wdh., Peterstr. 42.
Banter Volksküche.
Mellumstraße.
Dienstag: Schnittböhnen m. Schweinef.

Achtung Gasarbeiter!
Mittwoch den 26. April cr.,
abends 8 1/2 Uhr, findet in der
Bürgerhalle, Bant, 80000000
eine Betriebsversammlung
aller auf der Gasanstalt Beschäftigten
ganz gleich welcher Organisation
angehört, statt.

— Tagesordnung: —
Wie gedenken wir unsere Lohn-
Arbeitsbedingungen zu verbessern?
Kollegen! Da in dieser Versam-
lung sehr wichtige, einen jeden Be-
arbeiter der Gasanstalt sehr im-
teressierende Fragen besprochen werden
sollen, so ist das Erscheinen aller
dienstfreien Arbeiter unbedingt ge-
boten. Darum fehle keiner.
Der Einberufer.

Bauarbeiterschut-
Kommission.
Heute Montag den 24. d. M.
abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung bei Halwelan
Arbeiter-Jugendbund.
Heute Montag 8 Uhr:
Vorstands-Sitzung.

Todes-Anzeige.
Am Sonnabend d. 22. April,
vorm. 10 1/2 Uhr, starb nach
schwerem Leiden mein lieber
Mann, unser herzenguter Bau-
Schwager, Schwiegervater, Groß-
vater und Onkel, der Schiffbauer
Jakob Lübben
im Alter von 47 Jahren 10
Monaten. Dieses zeigen wir
der Bitte um stille Teilnahme
tiefbetührt an
Bant, den 24. April 1911.
Wwe. Ch. Lübben geb. Töben
nebst Kindern u. Angehörigen.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch den 26. d. M., nachm.
2 Uhr, vom Verstorbenenhaus
aus statt.

Deutscher Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Nordenham.

Nachruf!
Am Sonnabend d. 22. April
verstarb unser Mitglied
Diedrich Boyks.
Seine letzten Stunden
Die Beerdigung findet am
Mittwoch den 26. April, nachm.
3 Uhr, vom Verstorbenenhaus
aus statt und werden die Mit-
glieder um rege Beteiligung
gebeten.

Wer kennt sie nicht,
die weltbekannte Tuch-
verandfirma **Schwoefisch & Söhne**
in Spremberg N.-L., die in ihrer
großen Fabrik die feinsten und aus-
gezeichnetsten Herren-Anzüge und Damen-
stoffe, sowie Damenunder zum Ver-
kauf an Private herstellt? Wer hat
nicht bezogen hat, hat oft schon
bestellt, und wer noch keinen Besuch
gemacht hat, dem ist Gelegenheit
durch einen Prospekt in dieser
Nummer dieses Blattes geboten.
reichhalt. Musterkollektion erhält man
franko ohne Kaufzwang zugest.

Die Jahreskonferenz der S. D. P.

Am Karfreitag und den zwei folgenden Tagen fand die 31. Jahreskonferenz der englischen Sozialdemokratischen Partei (S. D. P.) zu Coventry, der Fahrrad- und Automobilstadt, statt. Es war eine der kleinsten Jahreskonferenzen der Partei. Nur 70 Delegierte waren anwesend, die 61 Ortsvereine vertraten. Das ist nicht etwa ein Zeichen des Rückgangs der Partei. Im Gegenteil war das vergangene Jahr für sie ziemlich glänzend erfolgreich. Die Zahl der Ortsvereine hat sich um 17 vermehrt und 7 selbständige sozialistische Vereine haben sich der Partei als autonome Organisationen angeschlossen. Auch bei den Wahlen zu den verschiedenen Sozialistischen im März und November hat die Partei ziemlich gut abgeschnitten. Sie war mit ihren Kandidaten an 83 Wahlkreisen beteiligt und hat 25 neue Mandate gewonnen und war drei verloren. Die Zahl ihrer Stimmen belief sich auf 45.085. Unter den in England obwaltenden Verhältnissen mit seiner Labour Party als Konkurrentin bekamen auch diese kleinen Ziffern immer noch einen nicht unbeträchtlichen Fortschritt. Wenn trotzdem die Konferenz so wenig besucht war, so ist das aus besonderen Umständen zu erklären. Diesmal wurde nämlich zum erstenmal für die Besetzung ein System angewendet, das die Gelamangabe der Delegierten zusammenwarf und sie dann gleichmäßig verteilt. Dadurch wurden die nachfolgenden Ortsvereine stark benachteiligt und sie schickten keine oder nur wenige Delegierte.

Beiden ungracht waren die Verhandlungen der Konferenz von großer Wichtigkeit für die Partei und auch von großem Interesse für die Internationale. Es wurden nämlich zum erstenmal die Rüstungsfrage und die internationalen Beziehungen gründlich debattiert, und dabei wurde zu dem Verhalten der beiden angesehenen Parteiführer Hyndman und Quells Stellung genommen. Die wichtigsten dieser zwei Genossen in der Rüstungsfrage und über die englisch-deutschen Beziehungen sind genaugam bekannt und brauchen hier nicht wiederholt werden. Bereits im vergangenen Jahre, auf der Londoner Konferenz, wurde ein Versuch gemacht, ihre Haltung einer Besprechung zu unterziehen, brachte aber keine Entscheidung. Diesmal wurde vom Ortsverein Zentral-Hadley die folgende klare Resolution auf die Tagesordnung gelegt:

„In Anbetracht der Tatsache, daß alle gegenwärtigen politischen Kriostädten zwischen Staaten, wie immer sie verheißt sein mögen, im Grunde nur Kriostädten der respektiven Kapitalistischen Klassen in der kommerziellen und finanziellen Ausbeutung der auswärtigen und kolonialen Märkte sind, und daß alle aus diesen Kriostädten fließenden Kriegs- vorbereitungen und Kriege der Arbeiterklasse nicht nur keine Vorteile bringen, sondern ihr große Opfer auferlegen und die internationale Solidarität, die für die wirksame Führung des Kampfes für die proletarische Emancipation unentbehrlich ist, untergraben, erklärt diese Konferenz, daß die in gewissen Kreisen betriebene Agitation für Wehrrüstungen nur die Interessen der Kapitalistenklasse fördert, eine Gefahr nicht nur für den Weltfrieden, sondern auch für die Sache der politischen und sozialen Reform und die Ausdehnung der sozialistischen Bewegung bildet, und einen Geist erzeugt und ernährt, der berechnet ist, die Arbeiterklasse zu demoralisieren und

die Macht der Arbeiter- und Kapitalistenklasse zu vergrößern. Daher, im Einklang mit den Beschlüssen der Internationalen Sozialistischen Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen, fordert die Konferenz die Partei, den Vorstand, das Zentralorgan und die einzelnen Ortsvereine und Mitglieder auf, die Forderungen nach Wehrrüstungen mit aller Energie zu bekämpfen und von der Regierung, als beste Garantie für die Sicherheit der britischen Inseln gegen jegliche auswärtige Gefahr, den Verzicht auf jegliche koloniale und finanzielle Angriffs- und auf alle Provokation oder Obstruktion in ihren Beziehungen mit anderen Ländern zu verlangen.“

Zu dieser Resolution wurden von anderen Ortsvereinen mehrere Amendements gestellt, die aber in eilfziger Stunde vom Parteivorstand mit der Genehmigung der Geschäfts- ordnungskommission (aber wider den sonstigen Geschäfts- ordnungsausschuss) in ein einziges Amendement zusammengefaßt wurden. Dieses lautete:

„Die Konferenz drückt ihre volle Uebereinstimmung mit den Resolutionen der internationalen sozialistischen Kongresse zugunsten des Weltfriedens, der Herabsetzung der Rüstungen und der Einführung von allgemeinen internationalen Schieds- gerichten aus. In Anbetracht aber der Tatsache, daß Krieg und Rüstungen die unerläßlichen Folgen der Kriostädten, die dem heutigen kommerziellen und industriellen System innewohnen, sind, glaubt die Konferenz, daß eine energische und unaufhaltsame Agitation gegen den Kapitalismus das beste Mittel ist, Krieg gegen den Krieg zu führen, und ist über- zeugt, daß unterdessen die Aufrechterhaltung einer aus- reichenden Flotte, die Reorganisation unseres militärischen Systems auf der Grundlage einer nationalen Volksmiliz und der Verzicht auf jegliche aggressive imperialistische Politik die unmittelbaren Ziele bilden, die wir zwecks der Verwirk- lichung der Beschlüsse der internationalen sozialistischen Be- wegung zu realisieren suchen müssen.“

Die Debatte über diese zwei Resolutionen fand am zweiten Tage der Konferenz statt. Sie sollte ursprünglich nur anderthalb Stunden dauern, dauerte aber tatsächlich von 10 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags, eine für englische Verhältnisse ganz unerhörte Länge. Im Namen des Central- Hadley-Vereins begründete die Resolution Fräulein Raham, eine Russin von Geburt, aber aufgewachsen und erzogen in England. In einer ausgezeichneten, 25 Minuten langen Rede (sänger sollten der Referent und Korreferent nicht reden und die übrigen nur je 5 Minuten) stellte sie auf Grund der historischen Tatsachen die Heuchelei bloß, mit der man in England von der deutschen „Gefahr“ spreche, während man selbst überall die Freiheiten und die Unab- hängigkeiten der kleinen Völker unterdrücke und den Krieg bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten zu führen suche. „England“, erklärte sie, „war immer das meist aggressive unter allen Ländern, und die jetzigen ungeheuren Rüstungen werden nur deshalb ausgebaut, weil man weiter dieselbe Politik treiben will.“ Der Janz zwischen England und Deutschland sei nur ein Janz zwischen den Kapitalisten- klassen der beiden Länder, und die Genossen Hyndman und Quells haben die Interessen der Arbeiterklasse mit denen des Kapitalismus verwechselt und in ihrem Eifer für die sogenannten Nationalinteressen die Prinzipien und Ziele des Klassenkampfes gänzlich vergessen. Mit welchem sel-

tsamen Mut wagte es Genosse Quells in Kopenhagen, zur Abwehr eines Krieges einen Generalstreik zu empfehlen, während er doch diesen Krieg, falls er ausbrechen sollte, selbst geküßt und gewünscht hätte! Noch nie habe eine sozialistische Partei einen fürchterlicheren Irrtum begangen, als die S. D. P., oder vielmehr ihre Führer, mit ihrer Gauw- nisterei und Großlottenagitation.

Quells, der im Namen des Vorstandes dessen Amen- dement begründete, wiederholte die Argumente, die er schon unzählige Male in der Justice vorgeführt hatte. Der deutsche Kaiser betrachte sich als Erbe des britischen Reiches und die kapitalistischen Klassen Deutschlands sehn sich nach Ent- scheidung und Macht. England aber sei bereits gelähmt und wolle deshalb keinen Krieg. Er sei nicht gegen Deutsch- land, wohl aber gegen den Imperialismus, da aber der deutsche Imperialismus nicht besser als der englische sei, so bekämpfe er auch ihn energisch. Außerdem sei England durch Verträge für den Schutz Belgiens und anderer kleiner Staaten gebunden, und England müsse sich daher gegen deutsche An- griffe verteidigen. Er sei auf Grund aller dieser Erwägungen für die Einführung der Volksmiliz und für eine starke Flotte.

Sydney an, der später sprach und dem man ausnahms- weise auch 20 Minuten gewährt hatte, schloß sich den Aus- führungen Quells an, fügte aber noch weitere hübsche Argumente zu. Ja, er, hieß es (trotz seines „Positivismus“ bleibt Jaures bei Hyndman noch immer die größte Autorität in allen himmlischen und irdischen Dingen!), also Jaures habe ihm gesagt, die Flotte nehme in England genau dieselbe Stellung ein wie eine Volkswehr auf dem Festlande, deshalb, weil die S. D. P. für die Volkswehr eintrete, sollte sie auch für eine genügende Flotte eintreten! Dann aber sei jeder- mann in Frankreich überzeugt, daß Deutschland ein in wenigen Jahren überfallen werde, und sollte England dann glück- licher zusehen, wie das despotische Preußen die französische Demokratie vernichte? Auch die Interessen der kleinen Staaten wie Dänemark, Holland, Belgien und die Schweiz sollten von England in Schutz genommen werden, da Deutsch- land bedrohliche, sie sämtlich zu verschlingen. Und dann England selbst! Habe England seine Freiheiten gegen Preußen zu verteidigen? Habe nicht England das Mörtel- stück für politische Flüchtlinge zu wahren? Das alles aber beruhe und habe immer beruhe auf den Rationen der englischen Flotte! Ueberhaupt gebe es nur zwei Wege in diesen Fragen der nationalen Verteidigung: der feine, Hyndmanische, und der von Gustave Hervé. Seien die Mitglieder der S. D. P. Hervéisten? Uebrigens werde die Flotte nicht immer in den Händen der Bourgeoisie sein: eines Tages könne sie noch dem Volke zum sozialistischen Siege verhelfen!

Am Abendessen hielt diese Rede Hyndmans in den sozialistischen Anstalten wohl einzig da, und mit einer einzigen Ausnahme sprachen alle übrigen Redner — darunter Genosse Fräulein, der Organisator der Londoner S. D. P., und Jack Jones, einer der trefflichsten Agitatoren und Redner in der Partei und wohl in der ganzen Arbeiterbewegung Englands — mit großem Sarkasmus und Leidenschaft gegen Hyndman und Quells. Als die Debatte ihr ihrem Schluß näherte, konnte man glauben, der Vorstand werde mit seinem Amendement eine schlimme Niederlage erleiden. Es kam aber anders. Schon der Umstand, daß die Verwerfung des

das Papier bemalte, je mehr sie an die Mutter und die sie umgebenden Verhältnisse dachte, desto weicher wurde ihr ums Herz, desto mehr begann der Groll zu schwinden, den sie so lange mit sich herumgetragen hatte. War ihre Mutter wirklich so sehr an allem schuld? War es nicht vielmehr der Teufel, der sie soweit gebracht hatte? Ja, ja, der Bran- wein, er war die Wurzel alles Übels! Dem wie furchtbar es den Trinker zum Galle zieht, hatte sie ja an sich selbst erfahren, wußte auch, wie schwer es trotz der Kraft der Jugend war, sich vor dem Rausch zu retten. Und diese Kraft hatte der alte Frau gefehlt, darum war sie eine Un- glückliche, ein bedauernswertes Opfer, welches, um dem ge- wöhnlichen Laster froh zu werden, schließlich selbst vor dem Verderben nicht mehr zurückgeblieben. —

Diese Erwägungen stimmten Rosalinda so weich, so ver- schmelzt, daß ihr Gemütszustand sich auch in den Zellen widerspiegelte, die sie ihrer Mutter schrieb. Und als das Schreiben beendet, als die Adresse geschrieben, der Brief ein- gewickelt war, da fühlte sie sich so erleichtert, als hätte sie eine schwere Schuld von ihrer Seele gewälzt. Da war auch keine Spur des bittern Grolls übrig geblieben, der sich ihrer stets bemächtigt hatte, wenn sie ihrer Mutter gedachte; an seine Stelle war eine stille, wehmütige Resignation getreten.

Sie wußte, daß am Vortage des Hofes sich ein Brief- kasten befand. Er war ihr ja ausgelassen, als sie aus Moskau gekommen war, und machte sich nun auf den Weg, um den Brief hinzutragen.

Als sie ihn in den Kasten geworfen hatte, blieb sie einen Augenblick stehen, warf einen Blick auf das freie Feld, auf die Waldstreifen, die sich am Horizonte hinogen, auf das entfernte Dörfchen, dessen weißer Kirchturm so freund- lich zu ihr herüberblickte, auf das in der Mittagssonne blau schimmernde Flähen, welches sich durch sanfte Hügelketten hinlängelte, und auf den großen Gebäudekomplex, welcher sich in kaum 1000 Schritt Entfernung vom Gutshof be- fand und wie eine große Feste auslief. Da das Wohn- haus der Herrschaft an dem großen Park ließ, der mächtige Hof von den anderen Seiten von Obstkärrn, Klagendecken, Schreuen, Ställen und sonstigen Wirtschaftsgeländen um- geben war, hatte Rosalinda, die bisher noch keine Gelegen- heit gehabt, einen Blick auf die freie Umgebung Dushowas zu werfen, auch jene Gebäude noch nie bemerkt, nicht ein- mal bei ihrer Ankunft in Dushowas, wo ihre Aufmerksamkeit

Monopol.

Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben von Karl Ruhl (H. Grottelung.) (Nachdruck verboten.)

Als Rosalinda allein war, legte sie sich ans Fenster und blickte schweigend in den Park, dessen Baumkronen so an- scheinend im Winde rauschten, ihr am Tage, wenn sie bei der Arbeit saß, Märchen zuspielten, abends, wenn sie sich zur Ruhe gelegt hatte, süße Schimmerbilder sangen. Und nun? Sie sah wie bald hier, bald dort eines der gelb, rot oder braun gefärbten Blätter niederfiel, und ihr war, als wären diese fallenden Blätter ihre geheimsten Träume, ihr schmerzliches Sehnen auf immer zu Grabe, als würde sie nie mehr ein labender Frühlings die Wangen küssen, ihr zuwinken, daß das Leben doch schön, so unendlich schön ist! Sie dachte an Gled Michailowitsch, und ein tiefes Weh durchstießte ihre Seele.

Warum mußte sie wieder und immer wieder an ihn denken? Warum hatte Anjutas Erzählung sie so tief er- rissen? Hatte sie sich nicht schon unzählige Male lagen müssen, daß solches Sinnen Torheit sei, daß sie, die arme Waise, trotz sein könne, ein Unterkommen gefunden zu haben, wo sie ihn, dessen Bild sich unansichtlich in ihrer Seele eingeprägt hatte, doch wenigstens das Glück hatte, glücklich zu sehen. — Aber er war traurig, er litt. Sie wußte es, daß seine Leiden sich ihrer Seele mitteilten, und konnte nicht verstehen, wie das gung. Und wie war es nur möglich, daß er litt, wo er doch im Begriffe stand, sich mit einem schönen und reichen jungen Mädchen zu verloben. Ja, schön und reich und gut mußte die Götliche, die Aus- stercere seines Herzens sein. Alle Vortage der Geburt, alle Tugenden mußten sie geben, um ihn beglücken zu können. Beglücken zu können? Aber warum litt er denn? Was für ein geheimnis Weh mochte es wohl sein, das an seiner Seele nagte, das er nicht zu verbergen vermochte, trotz aller zur Schau getragenen äußeren Ruhe?

Aber fort, fort mit allen diesen Gedanken. Ihm konnten sie ja doch keine Änderung bringen, und sie be- reiteten sie bittere Qualen. Das empfand sie gerade heute mit voller Klarheit. Das rege Leben in den Räumen des Wohnhauses ließ sie ihre Einsamkeit ganz besonders schmerz- lich empfinden. Die von Anjuta erhaltene Nachricht bestätigte ihr dabei nur das, was sie seit ihrer Ankunft in Dushowas

begriffen hatte: daß sie hier ganz überflüssig, daß sie eigentlich doch nur Almosenempfängerin war, der man eine Beschäfti- gung gegeben hatte, damit sie sich trösten konnte, daß sie selbst ihr Brot verdiente. Denn das hatte sie bald ein- gesehen, daß fast alle Mährchen, die man ihr gegeben, doch nur herbeigeklebt worden waren, um sie zu beschäftigen. Was von ihr ausgebeißert worden war, wurde in irgend- einen Schrank gehängt, um vielleicht nie mehr von der Dame benutzt zu werden und dort so lange zu hängen, bis das unmodern gewordene Kleidungsstück an Julie Karlowna, Anjuta oder einem Dienstmädchen geschenkt wurde.

Was sollte sie also auf die Dauer in Dushowas tun? Und selbst wenn die Herrschaften nach Moskau überlebten, dürften ihre Dienstleistungen kaum notwendig werden als jetzt. Dazu kam Warwara Dmitriewnas sonderbare Idee, sie zu verheiraten. War sie denn eine Sache, mit welcher man aus Ruine schalten und walten konnte nach Belieben? Da war es doch besser, sich in Moskau eine Anstellung in einer Damenschneiderei zu suchen, denn jetzt war das ja möglich, da Doktor Sotolowsky es durchgeleitet hatte, daß man ihr das Schandbäckchen in gold den Paß eingetauscht hatte. Vielleicht fand sich in Folge einem Geschäft eine Freundin, der sie sich anschließen konnte, um sich nicht so einsam, so verlassen zu fühlen. — Sie dachte an Warwara Dmitriewnas Fragen in betreff ihrer Mutter. War es wirklich ihre Pflicht, sich um eine Mutter zu kümmern, welche so schändlich ihr ganzes Lebensglück zerstört hatte? Und doch waren ihr die Fragen Warwara Dmitriewnas schwer aufs Herz gefallen. Denn daß sie während der Zeit ihres wilden Lebens jede Erinnerung an sie zu unterdrücken suchte, erkannte sie jetzt als ganz selbstverständlich, aber daß sie seit ihrer Nachbarnschaft noch nie von selbst den Drang empfunden hatte, sich nach ihrem Ergehen zu erkundigen, schämte sie jetzt dennoch. Was sollte sie denn auch heute, wo sie so verlassen, so einsam war, wo Gled Michailowitsch sich in Gesellschaft seiner Frau befand, anders tun, als sich den Gedanken an die Mutter hingeben. Heute, ja gerade heute wollte sie ihr schreiben, sich nach ihrer Gesundheit er- kundigen. Das pochte so recht zur verbitterten Stimmung ihres Herzens. Sie suchte Anjuta auf, bat sie, ihr etwas Papier, Tinte und Feder zu besorgen, und dann setzte sie sich an den Brief.

Und je länger sie mit ihren unbeholfenen Schriftzügen

Amendements als ein Tadelvotum gegen den Vorstand ausgelegt werden und zur Demission aller seiner Mitglieder führen könnte, beantragte einen Teil der Delegierten zur Vorstufung. Dabei aber wurde noch vom Vorsitzenden, der ein Anhänger Syndmans ist, eine grobe Verletzung der üblichen Geschäftsordnung — ob bewußt oder nicht, ist unbekannt — begangen. Er erklärte nämlich, daß die Referentin ihr Schlußwort nun erhalten werde, wenn das Amendement, das nach englischem Gebrauch zuerst zur Abstimmung gestellt werde, verworfen werden sollte; dadurch wurde ihr das Schlußwort abgeschnitten. Die Abstimmung ergab dann 28 Stimmen für und ebensoviel gegen das Amendement — eine entschiedene Schlappe für Syndman und Quelch, da die 15 Delegierten, die sich der Stimme enthalten haben, offenbar nur deshalb so handelten, weil sie gegen den Vorstand nicht stimmen wollten. Es wurde dann eine Abstimmung nach der Mitgliederzahl der Vereine verlangt, und die Abstimmung ergab 47 Stimmen für und 33 Stimmen gegen das Amendement. Dieses wurde somit angenommen, und zwar mit Hilfe des Minoritätsrats, und die Resolution wurde nicht einmal zur Abstimmung gestellt.

Syndman und Quelch haben einen Uhrbusstieg ertragen, denn es ist offenbar, daß die Mehrheit der Partei ihre Haltung nicht billigt. Sie werden das aber natürlich nicht anerkennen und werden ihre heillose Agitation fortsetzen, wodurch sie der Bewegung weitere Wunden schlagen werden. Die Opposition aber wird hoffentlich auch nicht nachlassen, und vielleicht wird es ihr schon im nächsten Jahre gelingen, die Stimmung der Mehrheit zum Ausdruck zu bringen.

Diese Diskussion über die Mästungsfrage war so wichtig, daß sie alles übrige in Schatten gestellt hat. Es wurde abermals die Frage über die Beziehungen zur Labour Party diskutiert, und die Konferenz verwarf mit 51 gegen 4 Stimmen einen Antrag auf Angliederung. Dagegen erlaubte sie mit 42 Stimmen gegen 18, daß die Ortsvereine mit dem Labour-Party-Komitee lokal zusammenarbeiten. Im Verlauf des vergangenen Jahres waren vom Parteivorstand der S. D. P. auf Grund einer Resolution der Londoner Jahreskonferenz Versuche gemacht worden, sich mit der I. L. P. in Verbindung zu setzen und als ersten Schritt zur Einigung einen gemeinsamen „Beratenden Ausschuss“ zu bilden. Die Versuche wurden von der I. L. P. zurückgewiesen, und die heutige Konferenz gab, indem sie das Verhalten I. L. P. bedauerte, dem Vorstand Anweisung, die Versuche zu erneuern. Es wurde dann in der Osborne-Frage, in der Frage der Verwendung des Militärs bei gewerblichen Streiks und zum angeführten Regierungsprojekt der sozialen Versicherung Stellung genommen, und über innere Organisations- und Agitationsfragen diskutiert.

Wies in allem bezeugt die 31. Jahreskonferenz kaum einen Fortschritt. Zu einer Zeit, da die Enttäuschung über die Arbeiterpartei in den weitesten sozialistischen Kreisen wohl allgemein ist, hat die Großhottentagulation der beiden hervorragenden Führer der S. D. P. das Ansehen der Partei untergraben, und die Arbeiten der Konferenz haben zur Klärung der Situation nicht genügend beigetragen. Zwar mag es für die Eingeweihten ganz sicher sein, daß die Verwirrung, die Syndman und Quelch in die Bewegung hineingebracht haben, nur die Oberfläche berührt, allein für die proletarische Massenwelt gilt die Tatsache, daß diese beiden Männer an der Spitze der Partei stehen und ihre Agitation unbefristet fortsetzen dürfen, als Symbol für die ganze

Partei. Wie die Genossin Raham richtig bemerkt hat, ist unter allen Fehlern, die die S. D. P. und überhaupt eine sozialistische Partei je begangen hat, dieser wohl der größte und vernichtendste.

Holländischer Parteikonferenz.

In der alten Erzbischofsstadt Utrecht tagte an den Osterferien der siebenjährige Parteitag der holländischen Sozialdemokratie. Die Partei hat ein gutes Jahr hinter sich. Die Zahl der örtlichen Parteifunktionen vermehrte sich von 205 auf 220, während die Mitgliederzahl von 9504 auf 10.090 stieg, darunter ungefähr 100 Frauen. Es war ein Jahr reger Parteitätigkeit. Insbesondere die Agitation für das allgemeine Wahlrecht nahm die Arbeitskraft einiger Tausend Parteigenossen in Anspruch, weil für die große Wahlrechtspetition, die im Monat September bei der Zweiten Kammer eingebracht werden soll, allüberall in allen Häusern Unterschriften gesammelt werden sind und noch immer gesammelt werden und man es dabei, laut ausdrücklicher Vorrichtung des mit der Führung dieser Aktion betrauten Ausschusses, nicht bei der Einholung der Unterschriften bewenden läßt, sondern daran eine intensive Agitation für die Ziele der modernen Arbeiterbewegung, für Organisation und Presse knüpft.

Auch der Parteitag stand ganz im Zeichen des Wahlrechtskampfes. Die übrigen Debatten, so interessant sie auch vielfach waren, zeigten an die Wichtigkeit der Wahlrechtsberatung nicht heran. Die Anwesenden standen unter dem Eindruck, daß das ganze Land ihnen lauscht, als Trecestra die Art und Weise auseinandersetzt, in der im Nachsommer die Wahlrechtspetition der Regierung überreicht werden wird. Bisher war die Partei bemüht, in jedem Jahre eine große nationale Wahlrechtsdemonstration auf einen Sonntag zu veranstalten. Diese Demonstrationen sind von Jahr zu Jahr größer geworden und die letzte im vorigen Jahre hat einen gewaltigen Eindruck auf die öffentliche Meinung gemacht. Ihr ist es wohl in letzter Linie zuzuschreiben, daß jetzt die Wahlrechtsfrage alle Parteien beherrscht. Sollte man sich in diesem Jahre der Petitionsbewegung wieder mit einer solchen Sonntagsdemonstration begnügen?

Der Vorschlag des Parteivorstandes ging dahin, in diesem Jahre die Demonstration an einem Wochentag abzuhalten und zwar am dritten Dienstag im September, das heißt am Tage, an welchem laut der Verfassung die Parlamentsöffnung von der Königin in feierlicher Weise erfolgt wird. Unsere Demonstration wird auch in der Stadt abgehalten, wo der Sitz des Parlamentes ist, im Haag. Die feierliche Eröffnung des Parlamentes wird von der Königin immer mit einem großen Pomp vollzogen. Viele Zehntausende kommen dann immer aus dem ganzen Lande im Haag, die königliche Prozession anzuschauen. Die Stadt wird dann aber am gleichen Tage noch eine zweite Prozession haben, die unserer. Wird die Polizei es gestatten? Sie würde eine ungeheure Mühseligkeit bedeuten, so meinte Trecestra, wenn sie die Königin zum Haupt der Wahlrechtsdemonstration machte. Und dann, wir würden trotzdem demonstrieren. Dann aber, wenn man uns in unserer geordneten Demonstration hinderte, würden wir genötigt sein, die königliche Prozession für unsere Wahlrechtsbewegung zu benutzen. Denn eines steht fest: an diesem Dienstag im September, wo wir unsere Wahlrechtspetition der Regierung übergeben, werden wir im Haag für das

Wahlrecht demonstrieren in einer so nachdrücklichen Weise, als wir es je getan haben.

Die Mitteilung dieses Programms ist vom Parteitag mit ungeheurer Jubel begrüßt worden. Man hätte infolgedessen, daß die Partei vor einer überaus wichtigen Wende ihrer Kampfesweise stand. Der Wahlrechtskampf, der so lange Jahre aber friedlich geführt ist, ist in eine revolutionäre Periode übergegangen. Die Größe des historischen Moments ergießt den Kongress tief. Schwermütig standen alle auf und das Wahlrechtslied dominierte durch den Raum. Und fast in aller Eile sprangen die letzten Tränen.

Von den weiteren Entschlüssen des Kongresses ist nur noch mitgeteilt, daß die Arbeiterbildungsbestrebungen in systematischer Weise zu regeln sind und daß eine Jugendorganisation geschaffen wird.

Gewerkschaftliches.

Der Kammel mit dem amerikanischen Streikpolenverbot. Unter schönen Überschriften, wie „Streikpolenverbot in Amerika“ oder „Das Streikpolenverbot in Amerika verboten“ und ähnlichen deutschen Unternehmensformen macht jetzt eine Notiz eine Runde durch die arbeiterfeindliche Presse. Zumeist wird dabei verschwiegen, daß es sich um nicht weiter wertvolle, als ein einziges Gerichtsurteil. Wenn man mitunter Begründungen zu deutschen Urteilen liest, dann man, bei der gleichen Methode, so ganz anders die Schlüsse auf die Verhältnisse innerhalb der schwarzroten Grenzgebiete kommen. Außerdem bleibt auch völlig unbeachtet, daß das Urteil einmal vom Bundesgerichtshof und zum anderen auch noch durch die höchste Appellationsinstanz, das Bundesgericht, revidiert werden kann. Was auch durchaus nicht gelagt werden soll, daß der amerikanische Arbeiter unter einem Übermaß von Koalitionsverboten zu leiden hätte, so muß doch festgehalten werden, daß es bei drüber noch lange nicht zu einem Streikpolenverbot gekommen ist, wenn ein Richter unter Mißachtung der geltend gemachten Arbeiterrechte ein solches commandiert. So gut wie glauben unsere lieben Unternehmer an solche Urteile ja selbst nicht allzuviel, es macht sich nur so, um gemein, derlei Urteilungen zur Stimmungsmaße zu bringen. Verlangt doch zum Beispiel die „Tägliche Rundschau“ am Grund dieses Urteils ohne Umformung von der deutschen Regierung, daß sie ebenfalls — „wie in Amerika“ — ein Streikpolenverbot erlasse, indem sie entsprechende Bestimmungen in die Strafgesetzbücher hineindrücke. — Nun, da Arbeiter sind auch noch da, und sie werden sich, mögen auch so viel Tatarennachrichten aus anderen Ländern kommen, ihr Streik- und Koalitionsrecht nicht verkümmern lassen!

Aus dem Lande.

Jever, 24. April.

Stadtratsführung. Der Stadtrat setzte am Freitag seine Beratungen fort. Festgestellt wurden die Voraussetzungen für die Wegestellen und für das Elektrizitätsnetz. Zu Anfang für die Wegestellen für das Rechnungsjahr 1911/12 stellt sich im Einnahme auf 8431,50 Mk. und in Ausgabe auf 8031,50 Mk. Unter den Ausgaben befinden sich 2700 Mk. für Verbreiterung des Moormarkergeländes und 3500 Mk. Zuschuß zu den Gesamtkosten der Auspflanzung des Kahlumweges bis an das Elmende Gebiet. — Die Gemeinde Schortens beschloß unzulässig, neue Straßengänge anzulegen von Liebethaus über Alderhusen

„O du mein Gott, Brüderlein, dann wissen Sie ja aber auch kein garrnichts! Die Brennerer von Duschowitsch mit ihrem neuen Reklamschiffchen kann doch nur unsern gnädigen Herrn, Gled Michailowitsch Duschowitsch gehören!“ (Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Wie der Wind entsteht,

erzählt das oben erwähnte „Wetterbüchlein“ von A. Sieberg (Stuttgart, Franckh'sche Verlagsbuchh., geb. 1 Mk., geb. 1,50 Mk.). Das kleine treffliche Büchlein will weitesten Kreisen das Verständnis der atmosphärischen Vorgänge erschließen und den Leser anleiten, aus den alltäglichen Wetterarten und durch eigene Beobachtungen zu der erwartenden Witterung selbst zu beurteilen. Von der wechselseitigen Lage der Hoch- und Tiefdruckgebiete, sowie von den Luftdruckunterschieden hängt der Wind in seiner Richtung und Stärke ab; denn der Wind ist ja bekanntlich nichts weiter als bewegte Luft, deren Bewegung hauptsächlich verursacht wird durch die Erdoberfläche vor sich geht. Wie das Wasser von einem Abhang herabfließt, und zwar um so schneller, je steiler dieser ist, so muß auch die Luft stets von den Orten mit höherem zu denjenigen mit niedrigerem Luftdruck hinströmen und mit um so größerer Geschwindigkeit, je größer sich der Luftdruck von einem Orte zu einem benachbarten ändert, je stärker also das Gefälle ist. Gleichwohl besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Wasser- und den Luftströmungen. Die letzteren weichen nämlich (vgl. die Wetterkarte, Abb. 16) von der genauen Richtung des Druckgefälles um ziemlich erhebliche Winkel ab. Diese Abweichungen, die sich aus der Abänderung der Erde selbst, erklären lassen, stimmen auf der nördlichen Halbkugel mit der Bewegung des Uhrzeigers überein (siehe Abb. 17 B) auf der südlichen Halbkugel haben sie den entgegengesetzten Sinn.

Die Bewegung der Luft um ein Minimum oder Maximum geht nach dem für die gesamte Witterungskunde so überaus wichtigen barischen Windgesetze (von dem Holänder Buys-Ballot im Jahre 1857 entdeckt) vor sich, vermöge dessen wir auch die Lage des niedrigsten und des höchsten Barometerstandes zu bestimmen vermögen. Es lautet:

1. Reht man dem Winde den Rücken zu, so hat man (auf der nördlichen Halbkugel) den niedrigsten Luftdruck links

und etwas nach vorne, den höchsten rechts und etwas dahinter.

2. Die Windgeschwindigkeit ist um so stärker, je größer die Druckunterschiede sind, also je dichter die Isobaren ineinander liegen.

Als Maß für die Druckunterschiede oder das Gefälle dient der „barometrische Gradient“. Seine Größe wird in der Weise ausgedrückt, daß man angibt, um wieviel Millimeter der (auf den Meeresspiegel umgerechnete) Luftdruck zu oder abnimmt, wenn man sich von einem Orte senkrecht zur Isobare, also in der Richtung des größten Gefälles, um einen Requatervergab = 111,3 km entfernt.

Das Bad auf der Bühne.

Die Londoner Theaterfreunde werden in diesen Tagen eine nicht alltägliche Sensation erleben: Die Handlung in Schüdes soll sich zum größten Teil in einem großen Schwimmbad abspielen. Diese neueste Erfindungsgeschichte hat der Direktor des Garrick-Theaters bei der Premiere eines neuen Stückes „Rismet“ zur Weltbühne gemacht. Die Bühne des Garrick-Theaters mußte vergrößert und vergrößert werden, um dieses neue szenische Problem zu lösen; der Bühnenraum ragt jetzt auch mehr als 10 Meter weit in den Zuschauerraum hinein und auf beiden Vorprüngen sollen sich große prunkvolle Umzüge abspielen. Über die Haupttreppe, der Clou dieser dramatischen Leistung, ist das Bad, das das Innere eines türkischen Harems wiedergeben soll. In der Mitte liegt ein prachtvolles großes Schwimmbad aus marmelirtem Marmor, in dem sich 10 Frauen des Harems mit ihren Sklavinnen erfrischen und belustigen. Am Schluß der Aufführung wird der Inhalt des Stückes, die Canaille, in diesem Schwimmbad ertränkt. Das Werk spielt in der Türkei des neunten Jahrhunderts. „Es hat mich viel Mühe gekostet“, so äußerte sich der unternehmende Regisseur, „den ganzen Duft und die ganze Atmosphäre von Laund und einer Nacht wirklich in einen Bühnenraum einzufangen. Die Wohlgerüche des Orients werden doch durch die Lampenlichter schwächen und ins Publikum dringen.“ So scheint diese neueste Londoner Theaterleistung einen weiteren Fortschritt im Eroberungsaufzug des modernen Regisseurs zu bedeuten, der sich nicht mehr darauf beschränkt, nur auf Klage und Thriller die Zuschauer zu wirken, sondern auch die Nase in den Duft der guten Sache stellt, und durch Anregung des Geruchsinnes die Illusion der Wirklichkeit vollendet.

Einladung zum Frei-Konzert!

Hierdurch erbiten wir von Ihnen die Erlaubnis, in Ihrer Wohnung ein Konzert veranstalten zu dürfen, wie Sie es wahrscheinlich noch nicht gebietet haben.

Die Veranstaltung erfolgt **völlig kostenlos** und in der Absicht, Sie zu einem Abonnement auf diese Konzerte zu veranlassen, falls das fünfjährige Probe-Freikonzert Ihnen und Ihren Angehörigen Freude bereitet hat. — Wir wollen Ihnen zu diesem Zwecke — **zunächst völlig kostenlos auf 5 Tage** — einen Spezial-Luxus-Sprechapparat mit echter Pathé-Schalldose und 20 ausgewählte Pathé-Schall auf 10 doppelseitig bespielten, 29 cm großen Röntgen-Pathé-Platten zufenden. Apparat und Platten können Sie fünf Tage lang spielen lassen und probieren so oft und so viel Sie wollen.

Wir sind sicher, daß Sie von dem hervorragend schönen Apparat, sowie den durch ihre Unabwundbarkeit einzig dastehenden, ohne Wechsel spielbaren Pathé-Platten entzückt sein werden.

Denn unsere Röntgen-Pathé-Platten sind nicht zu verwechseln mit den allgemein bekannten Sprechapparat-Platten, sondern gewähren durch ihre Vollkommenheit den denkbar höchsten Genuß. Diese Vollkommenheit besteht im **Fortschritt des** **tafeligen Rediwechsel** und in der An-

gestrichtheit der Platten selbst. Während die gewöhnlichen Platten von dem jedesmal zu wechselnden Stillsitzen dauernd angegriffen und schließlich völlig zerstört werden, werden unsere Platten mit einem **immerwährenden polierten Gelstein** geschützt, welcher die Platten völlig intakt läßt, jedoch sie noch nach Jahren so rein erklingen, wie beim ersten Male.

Aber auch das Repertoire unserer Pathé-Platten ist unübertrefflich: Da gibt es die neuesten

Opern, Operetten, Märsche, Walzer

und andere Tänze, Ouvertüren und Potpourris, alle nur möglichen Instrumentalsoli, wie Flügelhorn, Klarinette, Tromphon etc., ernste und lustige Orchesterstücke, Jodeler und Duette, humoristische Vorträge und Couplets, und alles von **größten Künstlern** gesungen und gespielt.

Haben Sie sich nun nach **fünftägiger Probe** entschlossen, unsere Sendung **läufig** zu erwerben, so haben Sie für Apparat und Platten nur einen Betrag von **3.00 Mark monatlich an uns zu zahlen**.

Der Apparat kostet einschließlich der echten Pathé-Schalldose nur **45.00 RM**, während wir die Platten zu dem von der

Fabrik vorgeschriebenen Preise von **3.30 Mark pro Doppelplatte** (also für 2 Stücke) in Rechnung stellen. Weitere Platten können Sie in einem ebenfalls nur ganz geringe Monatszahlungen erfordernden Abonnement in beliebigen Mengen nachbezahlen.

Zahllose Anerkennungen und viele Tausend dankbarer Kunden sind der beste Beweis für die **Realität** unserer Offerte. So schreibt man uns zum Beispiel:

„Besten Dank für den Pathé-Apparat. Derselbe spielt wunderbar und übertrifft das betreffende Klangbild aller Tageswerke. Ich bin stolz auf den betreffenden Apparat.“

„Die mir gelieferte Pathé-Sendung übertrifft bei weitem meine Erwartung und kann ich Ihr Fabrikat jedem aufs wärmste empfehlen.“

„Ich gelte gern, daß Sie etwas bieten, was wohl kein Konkurrent imstande sein wird, Ihnen nachzutun.“

Wagen Sie also einen Versuch: der Sie nichts kostet, als die minimalen Spesen für die Hin- und eventl. Rücksendung, und benötigen Sie den eingebrachten Bestellschein. Sie erhalten dann schnellstens unsere Sendung, die Sie bei Nichtgefallen an uns zurückgehen lassen können. — Sie haben also nicht das geringste Risiko!

Bial & Freund in Breslau
Postfach 419/27.

Gefälligst Bestellschein 419/27 u. im Anhang einfügen!

Hierdurch erlaube ich die Firma Bial & Freund in Breslau II, mit den angebotenen

Luxus-Sprechapparat mit echter Pathé-Schalldose

sowie 20 Stücke auf doppelseitig bespielten Pathé-Platten ohne Anzahlung, ohne Anzahlung, ohne Anzahlung, insbesondere ohne jede Kaufverpflichtung zuzusenden. Ich verpflichte mich, diese Sendung, falls ich sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb 5 Tagen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, franco zurückzusenden, andernfalls behalte ich sie und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechtes, nach Ablauf der Probezeit beginnend, monatlich 3 Mark, bis der Wert des Apparates von 45 Mark und der der 10 Doppelplatten & 3.30 Mark beglichen ist. — Erfüllungsort ist Breslau.

Ort u. Datum: Vor-, Zuname u. Beruf:

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister
Bant, Wilhelmsh. Straße 70
Fernsprecher 267
Wilhelmsh., Wismarstr. 95
Fernsprecher 352
halten sich bei Bedarf in Schuhwaren bestens empfohlen.

Familienangehörige (Frauen) der Werftfrankfurter haben bei notwendigem

„Zahneratz“

auch bei Herrn F. Thoms, Marktstraße 30, freie Vorbereitung des Mundes für die Aufnahme des Gebisses.

Ausführung sämtl. Kleinarbeiten, Reinigen der Oefen v. 50 g an, Einmuerung von Wälzsteinen, Abhälfte bei Raubhehlungen etc. zu den billigsten Preisen.

H. Petrat, Tischlermeister, Bant, Wollstraße 21.

Wollen Sie?

eine gut gehende Uhr haben, so lassen Sie dieselbe reparieren bei

G. Märtens, Uhrmacher, Seppens, Osterstraße 11, gegenüber Sadewallers Tirol.

Bohnermasse

1/2 Pfd. 40 Pf., 1 Pfd. 70 Pf.

Möbelpolitur

Dose 10 und 20 Pf.

Salmiakgeist

1/2 Flasche 55 Pf.

Naphthalin

1 Pfd. 25 Pf.

Kampfer

J. H. Cassens,

Schoor u. Bant, Peterstraße 42.

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister

führen nur

erstklassige Schuhwaren

für deren Güte und Haltbarkeit unbedingt garantiert wird.

Nur gegen bar und ohne Rabatt verkaufe ich zu nachstehend billigen Preisen:

Bestes Schmalz, pro Pfd. 55 Pf.	Golstaubmehl, Pfd. 17 Pf.
Kolosschmalz (Pflanzenfett) pro Pfd. 50 Pf.	5 Pfd. 80 Pf.
La Schlichthaustopf, pro Pfd. 50 Pf.	La Weizenmehl, Pfd. 16 Pf.
Margarine, Marke „Solo“ 4 Pfd. 3 Mk.	5 Pfd. 75 Pf.
Zeit. Schinkenpied, in Stücken von 2–5 Pfd., Pfd. 70 Pf.	Frisches Buchweizenmehl, Pfd. 18 Pf.
Troden durchw. Speck, Pfd. 80 Pf.	Kartoffelmehl La Qual., Pfd. 15 Pf.
3 Mk.	Feinster Schatz-Gries, Pfd. 20 Pf.
Bunte Niesen-Wachtelbohnen Pfd. 18 Pf.	Deutscher Sago, Pfd. 20 Pf.
Bunte kleine Wachtelbohnen Pfd. 15 Pf.	Indischer Sago (Perliapiola) Pfd. 28 Pf.
Weisse ausgeluchte Langbohnen, Pfd. 18 Pf.	Feinhe Gahergrübe, Pfd. 18 Pf.
Gelbgelbte Erbsen, Pfd. 23 Pf.	Feinhe Gaherflocken, Pfd. 20 Pf.
Gelbe Viktoria-Erbsen, Pfd. 15 Pf.	Große Graupen, Pfd. 13 Pf.
Rene Niesen-Erbsen, Pfd. 15 Pf.	Feinster polierter Strohhalm, Pfd. 20 Pf.
Mittellinsen, Pfd. 13 Pf.	Kakao, per Pfd. nur 80 Pf.
Schmierseife, Pfd. 20 Pf.	Feinster Velloblüten-Tee (Christi. Mischung), Pfd. 2 Mk.
Heinrichs Fleischb., Pfd. 10 Pf.	Staubtee, Pfd. 1.20 Mk.
Kristall-Borax, I. Qual., Pfd. 25 Pf.	Randioguder, Pfd. 30 Pf.
Holzlohlen, per Pfd. 6 Pf.	Gebraannter Kaffee, Pfd. 1.30 Mk.
	Kaffeebohnen Walzaffee, Pfd. 35 Pf.
	Gebraannter Malzaffee (loose) Pfd. 18 Pf.

Gemischte Marmeladen in 5 Pfd.-Eimern, pro Eimer 1.10 Mk.
Österreichischer alter Rummelkäse, Pfd. 30 Pf., Bikanter Harzer Käse, 4 Stück 10 Pf. — Petroleum 17 Pf. pro Liter.
Direkt importierter fäher **Samos-Wein**, pro Flasche nur 75 Pf.

Alle nicht angeführten Waren in La Qual. zu den allersg. Preisen.

J. Herbermann :: Grenzstrasse 51

Christen- und Grenzstraßen-Ecke.

Günstig für Brautleute!!

Billig zu verkaufen

- drei komplette Schlafzimmer,
- drei komplette Küchen und
- zehn Vertikows.

Wilhelm Bremer ::

Bant, Peterstraße 33.

Wadi-Kisan-Tee

feinste ostfriesische Mischungen.

1/2 Pfd.-Pakete mit Firma, Schutzmarke u. Verkaufspreis.

Import: Onno Behrends, Norden, (Ostfr.)

In den meisten einschlägigen Geschäften erhältlich, wo nicht zu haben, werden Verkaufsstellen nachgewiesen, durch die

General-Vertretung: Gerhard Conring, Wilhelmshav.

Der Mode-Wirrwarr

der letzten Zeit wird geklärt durch das so überaus sorgfältig ausgestattete Favorit-Modenalbum, nur 60 Pfg. Für's Schneidern nichts besseres als Favorit-Schnitte! Erhältlich bei **Pape, Bant, Wilhelmshavener Strasse.**

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister
föhren **Schuhwaren** von den einfachsten bis zu den elegantesten in nur modernen, gut polierten Formen. Speziell anherbeizugut gearbeitete **Schulstiefel** in Anaben und Mädchen.

Möbel

reell und billig
Wilhelm Bremer

Möbelfabrik, Bant, Peterstr. 33.

Halte mein grosses Lager zumteil selbstangefertigter Möbel bestens empfohlen.

Für Brautleute

vorteilhafteste Bezugsquelle.

Achtung! Brautleute! Achtung!

Das Strauch'sche Möbellager
Bant, Bremer Strasse 25, Hth

muß bis Mittwoch abend verkauft sein,
daher sind die Preise noch
bedeutend herabgesetzt.

Vorhanden sind noch: Schlafzimmer, Herrenzimmer, Schlzimmer, Klubgarnituren, Kücheneinrichtung, Flurgarderoben, Patent-Aufwaschische, Matratzen, eing. komplette Bettstellen, ein Posten Teppiche und Dekorationen etc.

Bettstroh

empfiehlt
Sollert Wilken

Bant, Brannenstraße 3

Telephon 639.

Zu verkaufen

10 Säbner und Säbner (Italienische), Bant, Lindenstraße 2, L.

Kinderstuhl

fast neu, verstellbar, billig & verlässig
Wilhelmsh., Roonstr. 92, I. Etg.

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister

haben eine große Werkstatt im Hause, wo jede Reparatur sowie Umgestaltung nach Maß, speziell für frische und empfindliche Füße, in kürzester Zeit ausgeführt wird.